



Sankt Augustin, 22.7.2016

Laufende Nummer: 15/2016

Bachelorprüfungsordnung 2016 (BPO B.Sc. Sommersemester 2016) für die Studiengänge Betriebswirtschaft an den Campi Rheinbach und Sankt Augustin der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg vom 12.07.2016

Herausgegeben vom
Präsidenten der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg
Grantham-Allee 20, 53757 Sankt Augustin
Tel. +49 2241 865-601, Fax +49 2241 865-8601

Bachelorprüfungsordnung 2016 (BPO B.Sc. – Sommersemester 2016)

für die Studiengänge Betriebswirtschaft

an den Campi Rheinbach

und Sankt Augustin

der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg

vom 23.06.2016

Aufgrund des § 2 Abs. 4 und des § 64 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG NRW) vom 16. September 2015 (GV. NRW. Seite 547) hat der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften an den Campi Rheinbach und Sankt Augustin der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg die folgende Bachelorprüfungsordnung 2016 für die Studiengänge Betriebswirtschaft (BPO BSc. 2016), erlassen:

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeines	4
§ 1 Geltungsbereich der Prüfungsordnung.....	4
§ 2 Ziel des Studiums, Zweck der Prüfung, akademischer Grad.....	4
§ 3 Studienvoraussetzungen	4
§ 4 Regelstudienzeit, Studienumfang, Lehrsprache.....	5
§ 5 Umfang und Gliederung der Prüfung, Prüfungsfrist.....	5
§ 6 Prüfungsausschüsse.....	6
§ 7 Prüferinnen und Prüfer, Beisitzerinnen und Beisitzer.....	7
§ 8 Anerkennung von Prüfungsleistungen	8
§ 9 Versäumnis, Rücktritt, schutzwürdige Belange.....	9
§ 10 Täuschung, Ordnungsverstoß, Mängelrüge	9
II. Regelungen zum Studienverlauf	10
§ 11 Prüfungen im Studienverlauf	10
§ 12 Praxissemester	12
§ 13 Auslandsstudiensemester	13
III. Regelungen zum Prüfungsverfahren	14
§ 14 Ziel, Umfang, Sprache, Gewichtung und Form von Prüfungen.....	14
§ 15 Bewertung von Prüfungen	14
§ 16 Wiederholung von Prüfungen	16
§ 17 Regelungen zu Prüfungen nach § 15 Abs. 3	17
§ 18 Regelungen zu Prüfungen nach § 15 Abs. 4	19
IV. Bachelorarbeit	20
§ 19 Zweck der Bachelorarbeit, Thema, Prüferinnen und Prüfer	20
§ 20 Zulassung zur Bachelorarbeit.....	20

§ 21 Ausgabe und Bearbeitung der Bachelorarbeit	21
§ 22 Abgabe und Bewertung der Bachelorarbeit, Wiederholung	21
§ 23 Kolloquium.....	22
§ 24 Zusatzfächer.....	22
V. Ergebnis der Bachelorprüfung	23
§ 25 Ergebnis der Bachelorprüfung	23
§ 26 Zeugnis, Urkunde und Diploma-Supplement, Gesamtnote	23
VI. Schlussbestimmungen	24
§ 27 Einsicht in die Prüfungsakten	24
§ 28 Ungültigkeit von Prüfungen, Aberkennung des Bachelorgrades	24
§ 29 Inkrafttreten und Veröffentlichung, Übergangsregelung	24

I. Allgemeines

§ 1 Geltungsbereich der Prüfungsordnung

Diese Bachelorprüfungsordnung (BPO) regelt die Prüfungen für den Abschluss des Studiums in den Studiengängen Betriebswirtschaft des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften an den Campi Rheinbach und Sankt Augustin der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg.

§ 2 Ziel des Studiums, Zweck der Prüfung, akademischer Grad

(1) Das Studium soll unter Beachtung der allgemeinen Studienziele (§ 58 HG) den Studierenden auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse insbesondere die anwendungsbezogenen Inhalte ihres Studienfachs und deren Umsetzung vermitteln. Gleichzeitig soll das Studium die internationale Mobilität der Studierenden fördern. Die Studierenden sollen befähigt werden, Vorgänge und Probleme der Wirtschaftspraxis zu analysieren, praxisgerechte Problemlösungen zu erarbeiten und dabei auch internationale sowie außerfachliche Bezüge zu beachten. Darüber hinaus soll das Studium die schöpferischen und gestalterischen Fähigkeiten der Studierenden entwickeln und sie auf die Bachelorprüfung vorbereiten.

(2) Der Bachelorabschluss bildet einen ersten berufsqualifizierenden akademischen Abschluss. Durch die Bachelorprüfung wird festgestellt, ob der/die Kandidat/in die Ziele des Studiums erreicht hat.

(3) Bei bestandener Bachelorprüfung verleiht die Hochschule den akademischen Grad „Bachelor of Science“. Der Grad befähigt grundsätzlich zur Aufnahme eines Master-Studiums.

§ 3 Studienvoraussetzungen

(1) Für die Aufnahme des Studiums wird die Fachhochschulreife oder eine als gleichwertig anerkannte Qualifikation vorausgesetzt.

(2) Die Kenntnisse der deutschen Sprache werden durch eine bestandene DSH-Prüfung (mindestens DSH 2) oder durch eine bestandene TestDaF-Prüfung (mit dem Niveau der TDN 4 in allen 4 Teilprüfungen) nachgewiesen, wenn der/die Studierende keine deutsche Hochschulzugangsberechtigung erworben hat.

(3) Hat ein/e Studienbewerber/in in dem gewählten Studiengang an einer Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes eine nach der Prüfungsordnung erforderliche Prüfung endgültig nicht bestanden oder den Prüfungsanspruch aus einem anderen Grunde verloren, ist eine Zulassung für diesen Studiengang ausgeschlossen. Dies gilt entsprechend für Studiengänge, die eine erhebliche inhaltliche Nähe zu dem bisherigen Studiengang aufweisen. Über die erhebliche inhaltliche Nähe entscheidet der zuständige Prüfungsausschuss (§ 6 Abs. 1).

§ 4 Regelstudienzeit, Studienumfang, Lehrsprache

(1) Das Studium umfasst einschließlich des Praxissemesters / Studiensemesters im Ausland und der Abschlussarbeit eine Regelstudienzeit von sieben Semestern. Das Studienangebot ist in Module gegliedert. Diese sind mit Leistungspunkten (Credit Points) gemäß dem European Credit Transfer System (ECTS) bewertet, welche den Arbeitsaufwand der Studierenden messen. Die Erbringung aller Leistungen im Studium eines Regelstudiensemesters ist jeweils mit 30 Leistungspunkten bewertet, das Bachelorstudium umfasst insgesamt 210 Leistungspunkte.

(2) Ein Leistungspunkt entspricht einer Arbeitszeit von 25 - 30 Zeitstunden, so dass sich eine Gesamtarbeitszeit von 5.250 – 6.300 Zeitstunden ergibt.

(3) Lehrsprachen sind Deutsch und Englisch. Bei Bekanntgabe der Lehrveranstaltung wird die Lehrsprache angegeben.

(4) Studierende, die bis zum Beginn ihres dritten Fachsemesters nicht mindestens 20 ECTS-Punkte aus den Prüfungsleistungen nach § 15 Abs. 3 des 1. - 2. Semesters erzielt haben, sowie Studierende, die bis zum Beginn ihres fünften Fachsemesters nicht mindestens 10 ECTS-Punkte aus den Prüfungsleistungen nach § 15 Abs. 3 des 4. Semesters erzielt haben, werden zu einem Beratungsgespräch eingeladen. Zweck des Beratungsgesprächs ist es, mögliche Gründe für den Misserfolg im Studierverhalten zu erforschen und Möglichkeiten zur Verbesserung aufzuzeigen.

(5) Studierende, die bis zum Beginn ihres vierten Fachsemesters nicht mindestens 30 ECTS-Punkte aus den Prüfungsleistungen nach § 15 Abs. 3 des 1. - 3. Semesters erzielt haben, sowie Studierende, die bis zum Beginn ihres sechsten Fachsemesters nicht mindestens 20 ECTS-Punkte aus den Prüfungsleistungen nach § 15 Abs. 3 des 4. - 5. Semesters erzielt haben, verlieren jeweils den Prüfungsanspruch, es sei denn der/die Studierende weist nach, dass er/sie das Versäumnis (§ 9 Abs. 2) nicht zu vertreten hat. Hierbei sind insbesondere die Gründe des § 64 Abs. 3a HG heranzuziehen.

§ 5 Umfang und Gliederung der Prüfung, Prüfungsfrist

(1) Die Bachelorprüfung besteht aus studienbegleitenden Prüfungen. Ein vorzeitiger Studienabschluss ist möglich, wenn die erforderlichen Leistungen nachgewiesen werden.

(2) Die Leistungspunkte eines Moduls werden durch Nachweis der zugehörigen Studienleistungen erlangt, d.h. durch Bestehen der Prüfungen. Die studienbegleitenden Prüfungen sollen jeweils zu dem Zeitpunkt stattfinden, an dem das zugehörige Modul oder die zugehörige Lehrinheit im Studium laut Studienplan abgeschlossen wird. Der Studienplan (Teil der Prüfungsordnung) soll gewährleisten, dass die Studierenden alle studienbegleitenden Prüfungen bis zum Ende des siebten Studiensemesters ablegen können.

(3) Die Studiengangleitung erstellt ein studiengangbezogenes Modulhandbuch, das insbesondere Aufschluss gibt über

- die Ziele und den Aufbau der einzelnen Lehrveranstaltungen,
- die Zuordnungen der einzelnen Lehrveranstaltungen zum Studienplan und
- notwendige und wünschenswerte Vorkenntnisse sowie
- die prüfungsrelevante Literatur.

§ 6 Prüfungsausschüsse

(1) Die Prüfungsausschüsse des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften für den Campus Rheinbach und für den Campus Sankt Augustin übernehmen für die Studiengänge Betriebswirtschaft am jeweiligen Standort die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben. Für die Studierenden ist jeweils der Prüfungsausschuss des Standortes zuständig, an dem sie die entsprechende Prüfungsleistung erbringen. Die Prüfungsausschüsse sind unabhängige Prüfungsorgane der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg.

(2) Die Prüfungsausschüsse bestehen aus jeweils sechs Personen, die vom Fachbereichsrat gewählt werden:

1. drei Mitgliedern aus dem Kreis der Hochschullehrer/innen des Fachbereichs,
2. einem Mitglied aus dem Kreis der akademischen Mitarbeiter/innen des Fachbereichs,
3. einem Mitglied aus dem Kreis der Mitarbeiter/innen aus Technik und Verwaltung des Fachbereichs und
4. einem Mitglied aus dem Kreis der Studierenden des Fachbereichs

Die Prüfungsausschüsse wählen jeweils aus den Mitgliedern aus dem Kreis der Hochschullehrer/innen eine/n Vorsitzende/n und eine/n stellvertretende/n Vorsitzende/n. Mit Ausnahme der/des Vorsitzenden und der/des stellvertretenden Vorsitzenden sollen für alle Mitglieder der Prüfungsausschüsse auch Vertreter/innen gewählt werden. Die Amtszeit der gewählten Mitglieder der Prüfungsausschüsse beträgt zwei Jahre, mit Ausnahme der Amtszeit des studentischen Mitglieds, die ein Jahr beträgt. Wiederwahl ist zulässig.

(3) Die Prüfungsausschüsse achten auf die Einhaltung der Prüfungsordnung, sorgen für die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfungen und entscheiden über Art und Form der Prüfungen (§ 17 Abs. 1-3). Sie sind insbesondere zuständig für die Entscheidungen über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen. Die Prüfungsausschüsse berichten dem Fachbereichsrat auf Verlangen über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten. Bei Abweichungen der tatsächlichen durchschnittlichen Studienzzeit von der Regelstudienzzeit schlagen sie dem Fachbereichsrat prüfungsbezogene Maßnahmen zu Verkürzungen der Studienzeiten vor. Sie geben Anregungen zur Reform der Prüfungsordnung. Die Prüfungsausschüsse können die folgenden Entscheidungen auf den/die jeweilige/n Vorsitzende/n oder den/die stellvertretende/n Vorsitzende/n generell oder einzel-fallbezogen übertragen:

- Die Feststellung, dass ein Studiengang zu dem gewählten Studiengang eine erhebliche inhaltliche Nähe aufweist (§ 3 Abs. 3).
- Die Bestellung der Prüfer/innen (§ 7 Abs. 1; § 19 Abs. 2 und 3; § 22 Abs. 2).
- Die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen einschließlich der Anerkennung von Fehlversuchen (§ 8 Abs. 2, 3 und 8; § 13 Abs. 2).
- Die Bewilligung des Rücktrittes von einer Prüfung (z.B. durch Anerkennung einer ärztlichen Bescheinigung über das Bestehen einer Prüfungsunfähigkeit) oder Berücksichtigung eines Versäumnisses, sowie die Verpflichtung zur Vorlage eines vertrauensärztlichen Attests (§ 9 Abs. 2).
- Die Bewilligung abweichender Prüfungsmodalitäten im Falle von körperlicher Behinderung oder schutzwürdiger Belange (§ 9 Abs. 3).
- Die Verlängerung des Praxissemesters bzw. die nachträgliche Teilung des Praxissemesters sowie der nachträgliche Wechsel der Ausbildungsstelle (§ 12 Abs. 8).
- Die Festlegung der Einzelheiten zur Prüfung, insbesondere die Prüfungsform, Sprache und die zugelassenen Hilfsmittel (§ 14 Abs. 4).
- Die Zulassung sowie die nachträgliche Zulassung zu Prüfungen (§ 17 Abs. 9 und 10).
- Die Zulassung zur Abschlussarbeit sowie die Verlängerung ihrer Bearbeitungszeit (§ 20 Abs. 4, § 21 Abs. 2).

Dies gilt nicht für die Entscheidung über Widersprüche.

(4) Die Prüfungsausschüsse sind jeweils beschlussfähig, wenn neben dem/der Vorsitzenden oder dem/der stellvertretenden Vorsitzenden ein weiteres Mitglied aus dem Kreis der stimmberechtigten Hochschullehrer/innen sowie mindestens ein weiteres stimmberechtigtes Mitglied anwesend sind. Sie beschließen mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der/des Vorsitzenden oder in seiner/ihrer Abwesenheit des/der stellvertretenden Vorsitzenden.

Beschlüsse der Prüfungsausschüsse können bei Vorliegen eines sachlichen Grundes auch außerhalb regulärer Sitzungen im schriftlichen/elektronischen Umlaufverfahren unter Fristsetzung für die Stimmabgabe gefasst werden. Das Umlaufverfahren ist nur zulässig, wenn die Mitglieder des jeweiligen Prüfungsausschusses hierüber Einvernehmen erzielen.

An der Beratung und Beschlussfassung über Angelegenheiten, die die Festlegung von Prüfungsaufgaben oder seine eigene Prüfung betreffen, nimmt das studentische Mitglied nicht teil.

(5) Die Mitglieder der Prüfungsausschüsse und ein/e Beauftragte/r des Präsidiums haben das Recht, bei der Abnahme von Prüfungen zugegen zu sein. Ausgenommen sind Studierende, die sich am selben Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen.

(6) Die Mitglieder der Prüfungsausschüsse, die Prüfenden und die Beisitzenden unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch ihre/n Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(7) Belastende Entscheidungen der Prüfungsausschüsse oder ihrer Vorsitzenden sind den betroffenen Studierenden unverzüglich mitzuteilen. Den betroffenen Studierenden ist vor der Entscheidung Gelegenheit zum rechtlichen Gehör zu geben.

§ 7 Prüferinnen und Prüfer, Beisitzerinnen und Beisitzer

(1) Die Prüfungsausschüsse bestellen für Prüfungen und die Bachelorarbeit die Prüfer/innen und die Beisitzer/innen. Zu Prüfenden dürfen nur die an der Hochschule Lehrenden und ferner in der beruflichen Praxis und Ausbildung erfahrene Personen, soweit dies zur Erreichung des Prüfungszwecks erforderlich oder sachgerecht ist, bestellt werden. Prüfungsleistungen dürfen nur von Personen bewertet werden, die selbst mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine vergleichbare Qualifikation besitzen.

(2) Sind mehrere Prüfende zu bestellen, soll mindestens ein/e Prüfer/in in dem entsprechenden Prüfungsfach gelehrt haben. Zum Beisitzenden darf nur bestellt werden, wer selbst mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine vergleichbare Qualifikation besitzt (sachkundige/r Beisitzer/in).

(3) Prüfende sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig.

(4) Für die Bachelorarbeit kann der/die Kandidat/in Prüfer/innen vorschlagen. Die Prüfungsausschüsse achten darauf, dass die Prüfungsverpflichtung möglichst gleichmäßig auf die Prüfenden verteilt wird. Auf die Vorschläge der Studierenden ist nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen.

§ 8 Anerkennung von Prüfungsleistungen

- (1) Prüfungsleistungen, die in Studiengängen an anderen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen, an staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien oder in Studiengängen an ausländischen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen erbracht worden sind, werden auf Antrag anerkannt, sofern hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen kein wesentlicher Unterschied zu den Leistungen besteht, die ersetzt werden. Prüfungsleistungen, die in anderen Studiengängen der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg erbracht worden sind, gelten als an anderen Hochschulen erbrachte Prüfungsleistungen. Die Anerkennung im Sinne der Sätze 1 bis 2 dient der Fortsetzung des Studiums, dem Ablegen von Prüfungen oder der Aufnahme eines weiteren Studiums.
- (2) Die Prüfungsausschüsse führen das Anerkennungsverfahren durch. Sie entscheiden über die Anerkennung im Zweifel nach Hinzuziehung der Prüfer/innen.
- (3) Es obliegt dem/der Studierenden, die erforderlichen Informationen über die anzuerkennende Leistung bereitzustellen. Die Beweislast dafür, dass ein Antrag im Sinne des Absatzes 1 die Voraussetzungen für die Anerkennung nicht erfüllt, liegt bei den Prüfungsausschüssen.
- (4) Entscheidungen über Anträge im Sinne des Absatzes 1 werden innerhalb einer Frist von sechs Wochen ab Vorlage der vollständigen Dokumente nach Absatz 3 getroffen.
- (5) Auf der Grundlage der Anerkennung nach Absatz 1 kann und auf Antrag der oder des Studierenden muss die Hochschule in ein Fachsemester einstufen, dessen Zahl sich aus dem Umfang der durch die Anerkennung erworbenen ECTS-Leistungspunkte im Verhältnis zu dem Gesamtumfang der im jeweiligen Studiengang insgesamt erwerbbaaren ECTS-Leistungspunkte ergibt. Ist die Nachkommastelle kleiner als fünf, wird auf ganze Semester abgerundet, ansonsten wird aufgerundet.
- (6) Wird die auf Grund eines Antrags im Sinne des Absatzes 1 begehrte Anerkennung versagt, kann der/die Studierende eine Überprüfung der Entscheidung durch das Präsidium beantragen; das Präsidium gibt den Prüfungsausschüssen eine Empfehlung für die weitere Behandlung des Antrags.
- (7) Auf Antrag können sonstige Kenntnisse und Qualifikationen auf der Grundlage vorgelegter Unterlagen anerkannt werden, wenn diese Kenntnisse und Qualifikationen den Prüfungsleistungen, die sie ersetzen sollen, nach Inhalt und Niveau gleichwertig sind.
- (8) Im Rahmen von Kooperationsabkommen zwischen dem Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Campi Rheinbach und Sankt Augustin der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg und vergleichbaren Fachbereichen der eigenen oder anderer Hochschulen, Forschungseinrichtungen, an der Hochschule angegliederten Institutionen oder anderen Instituten mit vergleichbaren hochschulähnlichen Seminarrinhalten, besteht für die Studierenden die Möglichkeit, die in den jeweiligen Kooperationsverträgen genannten Prüfungen an der kooperierenden Hochschule oder Institution zu absolvieren.
- (9) Prüfungsleistungen einschließlich der Fehlversuche, die ein Studierender in einem Studiengang Betriebswirtschaft der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg erbringt, werden bei einem Wechsel in den Studiengang Betriebswirtschaft des anderen Campus auch in diesem gewertet. Im Falle einer Wiedereinschreibung in demselben Studiengang an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg und im Rahmen eines Prüfungsordnungswechsels bleiben alle bisher erworbenen Prüfungsleistungen, einschließlich der Fehlversuche erhalten. Für den Fall, dass Studierende in zwei Studiengängen gleichzeitig oder nacheinander eingeschrieben sind, in welchen identische Module angeboten und mit identischen Prüfungen abgeschlossen werden, werden die Prüfungsleistungen einschließlich der Fehlversuche in beiden Studiengängen zugleich bewertet. § 8 Abs. 1 Satz 2 findet keine Anwendung, eine Antragsstellung nach § 63a HG entfällt jeweils.

§ 9 Versäumnis, Rücktritt, schutzwürdige Belange

(1) Eine Prüfungsleistung gilt als „nicht ausreichend“ bewertet, wenn der/die Kandidat/in zu einem Prüfungstermin, zu dem er/sie angemeldet ist, ohne triftige Gründe nicht erscheint oder wenn er/sie nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt oder die Prüfungsleistung nicht bis zum Ablauf der Prüfung erbringt. Satz 1 gilt entsprechend, wenn der/die Kandidat/in die Bachelorarbeit nicht fristgemäß abliefern.

(2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe sind dem zuständigen Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich anzuzeigen und glaubhaft zu machen. Die Prüfungsausschüsse können hierzu die Vorlage geeigneter Unterlagen verlangen. Bei krankheitsbedingter Prüfungsunfähigkeit des/der Studierenden erfolgt der Nachweis der krankheitsbedingten Prüfungsunfähigkeit in der Regel durch eine ärztliche Bescheinigung über das Bestehen der Prüfungsunfähigkeit, es sei denn, es bestehen zureichende tatsächliche Anhaltspunkte, die eine Prüfungsfähigkeit als wahrscheinlich annehmen oder einen anderen Nachweis als sachgerecht erscheinen lassen. Bestehen derartige Anhaltspunkte, so können die Prüfungsausschüsse auf Kosten der Hochschule eine ärztliche Bescheinigung einer Vertrauensärztin/eines Vertrauensarztes der Hochschule verlangen. Der/die Studierende kann dabei zwischen mehreren Vertrauensärztinnen/Vertrauensärzten wählen. Erkennen die Prüfungsausschüsse die Gründe an, so wird dem/der Kandidat/in mitgeteilt, dass er/sie die Zulassung zur entsprechenden Prüfung (ohne Anrechnung als Fehlversuch) erneut beantragen kann.

(3) Macht der/die Kandidat/in durch eine ärztliche Bescheinigung oder auf andere Weise glaubhaft, dass er/sie wegen ständiger körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, eine Studienleistung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, können die Prüfungsausschüsse gestatten, gleichwertige Studienleistungen in einer anderen Form zu erbringen sowie die Bearbeitungszeit der Abschlussarbeit über die in § 21 Abs. 2 vorgesehene Frist zu verlängern.

Es ist dafür zu sorgen, dass durch die Gestaltung der Prüfungsbedingungen eine Benachteiligung für Behinderte nach Möglichkeit ausgeglichen wird. Im Zweifel können die Prüfungsausschüsse hierzu weitere Nachweise fordern. Die Sätze 1 bis 2 finden in Ausnahmefällen auch bei einer vorübergehenden Behinderung Anwendung. Außerdem können die Prüfungsausschüsse Studierenden, die durch in Rechtsvorschriften festgelegte weitere schutzwürdige Belange am ordnungsgemäßen Studium nur eingeschränkt teilnehmen können, auf Antrag andere Modalitäten der Leistungserbringung zugestehen. Insbesondere sind die Vorschriften über die Pflege von Personen, die Bestimmungen des Mutterschutzgesetzes sowie die über Elternzeit angemessen zu berücksichtigen.

§ 10 Täuschung, Ordnungsverstoß, Mängelrüge

(1) Wer versucht, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, hat die Prüfung nicht bestanden. Studierende, die den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stören, können von dem/der jeweiligen Prüfenden oder Aufsichtführenden von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die gesamte Prüfung nicht bestanden. Die Gründe für den Ausschluss sind aktenkundig zu machen. Wer von der weiteren Erbringung einer Prüfung ausgeschlossen wird, kann verlangen, dass diese Entscheidung vom jeweils zuständigen Prüfungsausschuss überprüft wird. Dies gilt entsprechend bei Feststellungen von Prüfenden oder Aufsichtführenden gemäß Satz 1. Als Versuch gilt auch bereits der Besitz nicht zugelassener Hilfsmittel während und nach Ausgabe der Prüfungsaufgaben. Wer die Tatbestände nach Satz 1 und 2 vorsätzlich erfüllt, handelt ordnungswidrig. Die Ordnungswidrigkeit kann nach §

63 Abs. 5 HG geahndet werden. Im Falle eines mehrfachen oder sonstigen schwerwiegenden Täuschungsversuches kann der/die Kandidat/in zudem exmatrikuliert werden.

(2) Etwaige Mängel im Prüfungsverfahren sind von den Studierenden unverzüglich gegenüber dem/der betreffenden Prüfer/in und dem/der Prüfungsausschussvorsitzenden geltend zu machen. Ist eine sofortige Geltendmachung im Einzelfall ausnahmsweise nicht zumutbar, so müssen Mängel

- für den Prüfungstermin im Wintersemester bis zum 30. April des Jahres, in dem das Wintersemester endet,
- für den ersten Prüfungstermin im Sommersemester bis zum 30. September desselben Jahres und für dessen zweiten Prüfungstermin bis zum 30. November desselben Jahres

unter Angabe von Gründen schriftlich geltend gemacht werden. Bei Verstreichen der Frist kann sich der/die Studierende nicht mehr auf den Mangel berufen. (Ausschlussfrist)

II. Regelungen zum Studienverlauf

§ 11 Prüfungen im Studienverlauf

(1) In den Studiengängen Betriebswirtschaft sind folgende Prüfungen in den jeweils angegebenen Semestern abzulegen, die nach Maßgabe des § 15 Abs. 3 mit Noten bewertet werden.

Semester	Modul	Prüfungen
1	Betriebswirtschaftslehre 1	• Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre und Grundlagen des Marketing
1	Betriebswirtschaftslehre 2	• Grundlagen der Produktion und Logistik und Grundlagen des Rechnungswesens
1	Betriebswirtschaftslehre 3	• Grundlagen der Organisation und Grundlagen der Personalwirtschaft
1	Wirtschaftsmathematik	• Wirtschaftsmathematik
2	Wirtschaftsstatistik	• Wirtschaftsstatistik
2	Internes Rechnungswesen	• Kosten und Leistungsrechnung
2	Recht 1	• Zivilrecht
2	Wirtschaftsfremdsprache	• Wirtschaftsfremdsprache
2	Wirtschaftsinformatik	• Grundlagen der Wirtschaftsinformatik
3	Externes Rechnungswesen	• Jahresabschluss
3	Steuern	• Steuern
3	Finanzwirtschaft	• Investition und Finanzierung
3	Markt und Wettbewerb (Mikroökonomie)	• Markt und Wettbewerb (Mikroökonomie)
4	Makroökonomie	• Makroökonomie
4	Recht 2	• Handels- und Gesellschaftsrecht • Arbeitsrecht
4	Schwerpunktfach 1	• Schwerpunktfach 1
5	Schwerpunktfach 2	• Schwerpunktfach 2
5	Unternehmensführung	• Unternehmensplanung • Wirtschaftsethik
7	Abschlussarbeit	• Abschlussarbeit
7	Kolloquium und Begleitseminar	• Kolloquium

Die Studierenden können die Schwerpunktfächer grundsätzlich an beiden Campi des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Hochschule (Rheinbach und Sankt Augustin) belegen. Der Fachbereichsrat des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften legt den Katalog der zur Wahl stehenden Schwerpunktfächer jeweils am Ende des vorausgehenden Semesters fest.

Melden sich weniger als 10 Studierende für ein Schwerpunktfach an, so wird dieses Schwerpunktfach in dem jeweiligen Semester i.d.R. nicht angeboten. Die betroffenen Studierenden können in diesem Fall nachträglich ein anderes Fach aus dem vom Fachbereichsrat beschlossenen Katalog belegen. Beschließt der Fachbereichsrat, ein Schwerpunktfach nicht mehr anzubieten, so werden Prüfungen in diesem Fach nur noch vier Semester nach dem letztmaligen Angebot der diesbezüglichen Lehrveranstaltung angeboten. Dabei zählt das Semester, in dem die Veranstaltung angeboten wurde, mit.

(2) In den Studiengängen Betriebswirtschaft sind folgende Prüfungen in den jeweils angegebenen Semestern abzulegen, die nach Maßgabe des § 15 Abs. 4 mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet werden:

Semester	Modul	Prüfungen
1	Wirtschaftswissenschaftliches Grundlagenseminar	<ul style="list-style-type: none"> • Rhetorik und Präsentation • Anfertigung schriftlicher Hausarbeiten
3	Betriebliche Anwendungssysteme	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung betrieblicher Anwendungssysteme • Einsatz betrieblicher Anwendungssysteme
4	Praxis der Wirtschaftspolitik	<ul style="list-style-type: none"> • Praxis der Wirtschaftspolitik
5	Unternehmensführung	<ul style="list-style-type: none"> • Unternehmensplanspiel
6	Praxissemester	<ul style="list-style-type: none"> • Praxissemester
7	Ergänzungsfächer / Praxisprojekt	<ul style="list-style-type: none"> • Ergänzungsfächer / Praxisprojekt
7	Wahlpflichtfach Methode 1	<ul style="list-style-type: none"> • Wahlpflichtfach Methode 1
7	Wahlpflichtfach Methode 2	<ul style="list-style-type: none"> • Wahlpflichtfach Methode 2
7	Kolloquium und Begleitseminar	<ul style="list-style-type: none"> • Begleitseminar

Die Ergänzungsfächer sind inhaltlich von Semester zu Semester wechselnde Veranstaltungen zu für Studierende der Betriebswirtschaftslehre relevanten Themen oder zu einem Praxisprojekt. Das Angebot wird in jedem Semester durch Aushang bekannt gegeben. Melden sich weniger als 10 Studierende für ein Ergänzungsfach an, so wird diese Veranstaltung in dem jeweiligen Semester i.d.R. nicht angeboten. Die betroffenen Studierenden können in diesem Fall nachträglich ein anderes Ergänzungsfach belegen.

(3) Teilnehmer/innen von Kooperationsprojekten zwischen der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg und Schulen der Sekundarstufe II, die ihr Studium zum Wintersemester beginnen, können nach Maßgabe des jeweiligen Kooperationsvertrages, zu Beginn ihres ersten Semesters an den Prüfungen des zweiten Prüfungstermins (vgl. § 17 Abs. 1) des jeweils vorangegangenen Sommersemesters teilnehmen. Die Teilnahme an den Prüfungen gilt als regulärer erster Prüfungsversuch.

§ 12 Praxissemester

(1) In das Studium ist eine zusammenhängende praktische Tätigkeit von mindestens 20 Wochen und maximal 27 Wochen integriert (Praxissemester). Es ist grundsätzlich zeitlich zusammenhängend bei einem Unternehmen oder einer sonstigen Institution in der Regel im sechsten Studiensemester mit der im Unternehmen üblichen Wochenarbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten durchzuführen.

(2) Das Praxissemester soll die Verbindung zwischen Studium und Berufspraxis stärken. Die Studierenden sollen sich mit der Berufswirklichkeit vertraut machen, durch konkrete Aufgabenstellungen im Studium erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten anwenden sowie die bei der praktischen Tätigkeit gemachten Erfahrungen beschreiben und auswerten. Neben betriebswirtschaftlichen Fragestellungen sollen ihnen Anforderungen der Arbeitswelt mit ihren sozialen und ökologischen Fragestellungen deutlich werden. Soweit möglich, sollen sie unter Anleitung an der Lösung betriebswirtschaftlicher Probleme mitwirken.

(3) Zum Praxissemester wird zugelassen, wer mindestens vier Fachsemester absolviert und mindestens 70 ECTS aus nach Maßgabe des § 15 Abs. 3 bewerteten Prüfungen erreicht hat.

(4) Das Praxissemester wird in dafür geeigneten, von der Hochschule anerkannten Unternehmen, Verwaltungen oder anderen geeigneten Institutionen (Ausbildungsstellen) im In- oder Ausland durchgeführt. In begründeten Einzelfällen kann auch die Hochschule selbst Ausbildungsstelle sein.

(5) Zwischen der Ausbildungsstelle und dem/der Studierenden wird ein Praxissemestervertrag abgeschlossen. In diesem Vertrag werden die Rechte und Pflichten der Vertragspartner/innen sowie die organisatorische und fachliche Betreuung festgelegt. Die Verantwortung für das Zustandekommen eines Praxissemestervertrages liegt bei dem/der Studierenden.

(6) Während des Praxissemesters werden die Studierenden von einer an der Hochschule lehrenden, von den Prüfungsausschüssen beauftragten Person betreut, die dem Kreis des prüfungsberechtigten Lehrpersonals angehören muss.

(7) Die Teilnahme am Praxissemester wird von der für die Betreuung zuständigen Person bestätigt, wenn

1. ein qualifiziertes Arbeitszeugnis der Ausbildungsstätte über die Mitarbeit der/des Studierenden vorliegt,
2. der/die Studierende einen, von der Ausbildungsstelle gegengezeichneten Bericht mit einem Richtwert von 3.000 Wörtern über die praktische Tätigkeit im Praxissemester angefertigt hat,
3. die praktische Tätigkeit dem Zweck des Praxissemesters entsprochen und der/die Studierende die ihm/ihr übertragenen Arbeiten ausgeführt hat.

(8) Wird das Praxissemester wegen Krankheit oder wegen anderer Gründe mehr als zwei Wochen unterbrochen oder verkürzt und wird durch diese Unterbrechung oder Verkürzung der Zweck des Praxissemesters nicht oder nicht vollständig erreicht, wird das Praxissemester entsprechend verlängert. Über die notwendige Dauer der Verlängerung entscheidet die für die Betreuung zuständige Person. Eine verlängerte Vertragsdauer zum Zweck des Vorlesungsbesuchs ist nur in begründeten Ausnahmefällen auf Antrag bei dem jeweils zuständigen Prüfungsausschuss zulässig. Ein nachträglicher Wechsel der Ausbildungsstelle oder eine nachträgliche Teilung des Praxissemesters nach seinem Beginn ist aus wichtigem Grund (z. B. bei durch Rechtsvorschriften festgelegter, schutzwürdiger Belange wie Pflege von Personen, Bestimmungen des Mutterschutzgesetzes sowie über die Elternzeit) mit Zustimmung der/s das Praxissemester betreuenden Lehrenden der Hochschule sowie des zuständigen Prüfungsausschusses möglich.

(9) Das Praxissemester kann einmal wiederholt werden, wenn die Teilnahme am Praxissemester von der für die Betreuung zuständigen Person nicht bestätigt wird.

§ 13 Auslandsstudiensemester

(1) Studierende können ein oder, wenn ein zusätzlicher Abschluss an der ausländischen Hochschule angestrebt wird, zwei Semester an einer Hochschule im Ausland in den Studienplan integrieren. In einem Auslandsstudiensemester sollen die Studierenden internationale Erfahrungen sammeln und sich mit einschlägigen Studieninhalten an einer ausländischen Hochschule auseinandersetzen. Ein Auslandsstudiensemester kann im Studienplan die Prüfungsleistungen des 5. Fachsemesters oder das Praxissemester ersetzen. § 8 bleibt hierdurch unberührt.

(2) Für das/die Auslandsstudiensemester muss von den Studierenden ein detaillierter Studienplan erstellt werden. Der Studienplan muss dem jeweils zuständigen Prüfungsausschuss vorgelegt werden, der ggf. in Absprache mit den jeweiligen Fachdozenten vor Antritt des/der Auslandsstudiensemester/s prüft, ob und inwieweit er anerkannt werden kann.

(3) Zum Auslandsstudiensemester wird zugelassen, wer mindestens vier Fachsemester absolviert und mindestens 70 ECTS aus nach Maßgabe des § 15 Abs. 3 bewerteten Prüfungen erreicht hat.

(4) Während des Auslandsstudiensemesters werden die Studierenden von einer an der Hochschule lehrenden, von den Prüfungsausschüssen beauftragten Person betreut, die dem Kreis des prüfungsberechtigten Lehrpersonals angehören muss.

(5) Ersetzt das Auslandsstudiensemester das Praxissemester, wird die Teilnahme von der für die Betreuung zuständigen Person bestätigt, wenn die/der Studierende Leistungen im Umfang von 30 Leistungspunkten nachweist. Zum Nachweis gehören

1. Prüfungsleistungen an der ausländischen Hochschule, deren Gegenstand und Umfang mit dem/der Studierenden vor Beginn des Studiensemesters vereinbart werden,
2. der/die Studierende einen Bericht mit einem Richtwert von 3.000 Wörtern über das Auslandsstudiensemester angefertigt hat.

(6) Ersetzt das Auslandsstudiensemester ein Praxissemester, kann es einmal wiederholt werden, wenn die Teilnahme am Auslandsstudiensemester von der für die Betreuung zuständigen Person nicht bestätigt wird.

III. Regelungen zum Prüfungsverfahren

§ 14 Ziel, Umfang, Sprache, Gewichtung und Form von Prüfungen

(1) In den Prüfungen soll festgestellt werden, ob der/die Kandidat/in Inhalt und Methoden der Prüfungsfächer in den wesentlichen Zusammenhängen beherrscht und die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten selbständig anwenden kann.

(2) Die Prüfungsanforderungen sind auf den Inhalt der Lehrveranstaltungen zu beziehen, die aufgrund des Studienplans (Teil der Prüfungsordnung) für das betreffende Fach vorgesehen sind. Dabei soll ein bereits in vorangegangenen Studienabschnitten geprüfter Wissensstand nur insoweit festgestellt werden, als das Ziel der Prüfung nach Abs. 1 dies erfordert.

(3) Prüfungssprachen sind Deutsch und/oder Englisch.

(4) Einzelheiten zur Prüfung, wie

- Prüfungsform und Sprache
- Zeit, Ort, Dauer und zur Prüfung zugelassene Hilfsmittel

legen die Prüfungsausschüsse rechtzeitig vorab fest und macht sie bis spätestens zwölf Wochen vor der Prüfung schriftlich bekannt. Die Bekanntmachung durch Aushang und/oder Internet ist ausreichend.

§ 15 Bewertung von Prüfungen

(1) Prüfungen sind nach Maßgabe dieser Bestimmung zu bewerten. Die Bewertung muss nachvollziehbar sein. Die Bewertung ist den Studierenden bei mündlichen Prüfungen sofort, im Übrigen in der Regel jeweils spätestens nach sechs Wochen mitzuteilen. Die Bekanntmachung durch Aushang und/oder Internet ist ausreichend. Prüfender ist in der Regel der/die für die Lehrveranstaltung, in der die Studierenden die Prüfung erbringen wollen, zuständige Lehrende. Sind mehrere Prüfende an einer Prüfung beteiligt, so bewerten sie die gesamte Prüfungsleistung gemeinsam.

(2) Prüfungen, mit denen ein Studiengang abgeschlossen wird, und Wiederholungsprüfungen, bei deren endgültigem Nichtbestehen keine Ausgleichsmöglichkeit vorgesehen ist, sind von mindestens zwei Prüfer/inne/n zu bewerten, im Übrigen genügt die Bewertung durch eine/n Prüfer/in. Für mündliche Prüfungen können die Prüfungsausschüsse nur einen Prüfenden bestellen. In diesem Fall muss ein/e sachkundige/r Beisitzer/in hinzugezogen werden; vor der Festsetzung der Note muss der/die Prüfer/in die Beisitzer/in anhören.

(3) Für die Bewertung der Prüfungen sind vorbehaltlich Abs. 4 folgende Noten zu verwenden:

1	=	sehr gut	=	eine hervorragende Leistung;
2	=	gut	=	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
3	=	befriedigend	=	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
4	=	ausreichend	=	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
5	=	nicht ausreichend	=	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Zur weiteren Differenzierung der Bewertung können um 0,3 verminderte oder erhöhte Notenziffern verwendet werden; die Noten 0,7; 4,3; 4,7 und 5,3 sind ausgeschlossen.

Bei der Bildung von Noten aus Zwischenwerten ergibt sich:

bei einem Zwischenwert bis	1,5	die Note „sehr gut“
bei einem Zwischenwert über	1,5 bis 2,5	die Note „gut“
bei einem Zwischenwert über	2,5 bis 3,5	die Note „befriedigend“
bei einem Zwischenwert über	3,5 bis 4,0	die Note „ausreichend“
bei einem Zwischenwert über	4,0	die Note „nicht ausreichend“.

Hierbei werden Zwischenwerte nur mit der ersten Dezimalstelle berücksichtigt; alle weiteren Stellen hinter dem Komma werden ohne Rundung gestrichen.

Eine Prüfung ist bestanden, wenn die Prüfung mindestens als „ausreichend“ bewertet worden ist. Haben zwei Prüfende eine Prüfung gemeinsam bewertet, ergibt sich die Note bei nicht übereinstimmender Bewertung aus dem arithmetischen Mittel der Noten.

Für die Notenberechnung gilt grundsätzlich folgendes Schema:

Bewertungsschema (max.100 Punkte)		
Punktzahl		Note
von	bis (einschl.)	
0	49,5	5,0
50	54,5	4,0
55	59,5	3,7
60	64,5	3,3
65	69,5	3,0
70	74,5	2,7
75	79,5	2,3
80	84,5	2,0
85	89,5	1,7
90	94,5	1,3
95	100	1,0
ab 98		Diploma-Supplement

Herausragende Leistungen ab 98 Prozent der erreichbaren Punkte führen zu einer gesonderten Anerkennung und Erwähnung im Diploma-Supplement (§ 26 Abs. 5).

Besteht ein Modul aus mehreren Prüfungen nach § 15 Abs. 3 und/oder Abs. 4 so wird die Modulnote als arithmetisches Mittel allein der Noten der nach § 15 Abs. 3 bewerteten Prüfungen gebildet, dabei werden die Noten dieser Prüfungen mit den auf diese entfallenden Leistungspunkten gewichtet.

(4) Abweichend von Abs. 3 können Prüfungen auch als „bestanden“ bzw. „nicht bestanden“ bewertet werden. Eine Prüfung ist in diesem Fall bestanden, wenn der/die Prüfende die Leistung mindestens mit „trotz einzelner Mängel noch den Anforderungen genügend“ beurteilt. Handelt es sich bei der Lehrveranstaltung um eine Exkursion, einen Sprachkurs, ein Praktikum, eine praktische Übung oder eine vergleichbare Lehrveranstaltung, ist für das Bestehen zusätzlich zu Satz 2 erforderlich, dass der/die hierfür angemeldete Studierende an mindestens zwei Dritteln der Gesamtdauer der Veranstaltung teilgenommen hat.

(5) Der/die Kandidat/in muss sich auf Verlangen des/der Prüfenden oder der/des Aufsichtführenden mit dem Studierendenausweis sowie einem amtlichen Ausweis ausweisen.

(6) Die Prüfungsleistungen können auch in Form von Gruppenarbeiten zugelassen werden, wenn der zu bewertende Beitrag des/der einzelnen Kandidat/in aufgrund von Kriterien, die eine Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist.

(7) Für die Umrechnung von Noten in ECTS-Grades bei Studien- und Prüfungsleistungen gilt die entsprechende Ordnung der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg.

§ 16 Wiederholung von Prüfungen

(1) Eine in ihrer Gesamtheit nicht bestandene Prüfung im Sinne von § 15 Abs. 3 oder § 15 Abs. 4 kann zweimal wiederholt werden.

(2) Hat ein/e Kandidat/in eine Prüfung im zweiten Prüfungsversuch nicht bestanden, kann er/sie auf Wunsch ein Beratungsgespräch mit einem/r Prüfer/in des zweiten Prüfungsversuchs vereinbaren. Zweck des Beratungsgesprächs ist es, mögliche Gründe für den Misserfolg im Studierverhalten zu erforschen und Möglichkeiten zur Verbesserung aufzuzeigen.

(3) Eine in ihrer Gesamtheit mindestens als „ausreichend“ oder „bestanden“ bewertete Prüfung kann nicht wiederholt werden.

(4) Die zum abschließenden Teil einer Prüfung gehörenden Punkte aus vorlesungsbegleitenden Teilprüfungen werden angerechnet, sofern nach seinem Nichtbestehen zum ersten Prüfungstermin im Sommersemester diese Prüfung zum zweiten Prüfungstermin erfolgreich wiederholt wird. Ein Anspruch auf einen zweiten Prüfungstermin besteht nicht (vgl. § 17 Abs. 1). Bei späterer Wiederholung verfallen die Punkte der Teilprüfungen.

§ 17 Regelungen zu Prüfungen nach § 15 Abs. 3

(1) Prüfungen nach § 15 Abs. 3 können sich aus vorlesungsbegleitenden Teilprüfungen nach Abs. 2 und einem abschließenden Teil am Ende des Semesters nach Abs. 3 zusammensetzen (Prüfungsarten). Die Prüfungsarten werden von den Prüfungsausschüssen rechtzeitig vorab festgelegt und den Studierenden spätestens in der ersten Vorlesungswoche bekanntgegeben. Die Bekanntmachung durch Aushang und/oder Internet ist ausreichend.

Folgende Kombinationen der Prüfungsarten sind zugelassen:

Fall 1: Abschließender Teil der Prüfung

Fälle 2 und 3: Vorlesungsbegleitende Teilprüfungen und abschließender Teil der Prüfung

Für die verschiedenen Kombinationen gelten folgende Punkte

Prüfungsart	Punkte		
	Fall 1	Fall 2	Fall 3
Vorlesungsbegleitende Teilprüfungen	—	0 / Vorleistung	25
Abschließender Teil der Prüfung	100	100	75

Im Fall 2 ist die Vorleistung Zulassungsvoraussetzung für den abschließenden Teil der Prüfung. Für die Bewertung gilt § 15 Abs. 4 analog.

Im Fall 3 werden die Punkte der einzelnen Prüfungsarten addiert.

Der abschließende Teil von Prüfungen findet in der Regel außerhalb der Lehrveranstaltungen in der vorlesungsfreien Zeit statt. Alle Teilprüfungsformen sind vorlesungsbegleitend. Für den abschließenden Teil von Prüfungen werden am Ende des Wintersemesters ein Prüfungstermin und am Ende des Sommersemesters zwei Prüfungstermine angesetzt.

(2) Für Teilprüfungen sind folgende Prüfungsformen möglich:

- Hausarbeit mit einem Richtwert von 4.000 Wörtern für Einzelarbeiten, bei Gruppenarbeiten das Vielfache nach Anzahl der Studierenden, es gelten die Regelungen des Abs. 6.
- Referat inklusive Fallstudien mit einem Richtwert von 20 – 45 Minuten für den mündlichen Vortrag bei Einzelarbeiten, bei Gruppenarbeiten das Vielfache nach Anzahl der Studierenden. Für die schriftliche Ausarbeitung gilt in Abhängigkeit von der Dauer des mündlichen Vortrags ein Richtwert von 1.000 (bei 45 Minuten mündlichem Vortrag) – 3.000 (bei 20 Minuten mündlichem Vortrag) Wörtern für Einzelarbeiten, bei Gruppenarbeiten das Vielfache nach Anzahl der Studierenden, es gelten die Regelungen des Abs. 7.
- Planspiel mit einer mündlichen Prüfung von 20 Minuten, es gelten die Regelungen des Abs. 8.
- zwei schriftliche Tests mit einem Richtwert von 15 Minuten pro Semester, von denen der bessere in die Bewertung der Prüfung eingeht.
- mündliche Prüfungen, mit einem Richtwert für die Prüfungsdauer bei mündlichen Einzelprüfungen von mindestens 15 bis maximal 45 Minuten, es gelten die Regelungen des Abs. 5.

Die Organisation von vorlesungsbegleitenden Teilprüfungen obliegt den Lehrenden. Teilprüfungen werden in der Regel von einem/r Prüfer/in bewertet. Prüfende sind die jeweiligen Lehrenden, bei denen die Veranstaltung besucht wird. Eine förmliche Zulassung findet nicht statt; die Vorschriften über Versäumnisse und Rücktritt (§ 9 Abs. 1 und 2) finden keine Anwendung.

- (3) Für den abschließenden Teil einer Prüfung sind folgende Prüfungsformen möglich:
- schriftliche Klausurarbeit mit einer Zeitdauer von mindestens einer, in den Schwerpunktfächern mindestens zwei Zeitstunden, es gelten die Regelungen des Abs. 4.
 - mündliche Prüfung, mit einem Richtwert für die Prüfungsdauer bei mündlichen Einzelprüfungen von mindestens 15 bis maximal 45 Minuten, es gelten die Regelungen des Abs. 5.
 - Hausarbeit inklusive einer fakultativen mündlichen Prüfung. Dabei beträgt der Umfang der Hausarbeit ca. 8.000 Wörter für Einzelarbeiten, bei Gruppenarbeiten das Vielfache nach Anzahl der Studierenden. Es gelten die Regelungen des Abs. 6, für die mündliche Prüfung gelten die Regelungen des Abs. 5. Die Hausarbeit wird im Semesterverlauf, die mündliche Prüfung innerhalb des jeweiligen Prüfungszeitraumes absolviert. Die Endnote des abschließenden Teils der Prüfung ergibt sich im Falle einer Hausarbeit inklusive mündlicher Prüfung je zur Hälfte aus dem Ergebnis der schriftlichen Leistung und der mündlichen Prüfung.
- (4) In schriftlichen Klausurarbeiten soll der/die Kandidat/in nachweisen, dass er/sie in begrenzter Zeit und mit beschränkten Hilfsmitteln Probleme aus Gebieten des jeweiligen Prüfungsfachs mit geläufigen Methoden der Fachrichtung erkennen und auf richtigem Wege zu einer Lösung finden kann. Die Klausurarbeiten finden unter Aufsicht statt.
- (5) In mündlichen Prüfungen soll der Prüfling nachweisen, dass er/sie im Fachgespräch Probleme aus Gebieten des jeweiligen Prüfungsfachs mit geläufigen Methoden der Fachrichtung erkennen und einer Lösung zuführen kann. Mündliche Prüfungen können für jeden Studierenden getrennt oder für mehrere Studierende gleichzeitig (Gruppenprüfung) durchgeführt werden. Bei Gruppenprüfungen vervielfacht sich die Prüfungsdauer je nach Anzahl der zu prüfenden Studierenden. Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der mündlichen Prüfung, insbesondere die für die Benotung maßgeblichen Tatsachen, sind in einem Protokoll festzuhalten. Das Ergebnis der Prüfung ist dem/der Kandidat/in im Anschluss an die jeweilige mündliche Prüfung bekannt zu geben. Studierende, die sich in einem späteren Prüfungszeitraum der gleichen mündlichen Prüfung unterziehen wollen, werden nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörende zugelassen, sofern nicht ein/e Kandidat/in bei der Meldung zur mündlichen Prüfung widersprochen hat. Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.
- (6) Eine Hausarbeit ist eine selbständige, schriftliche Bearbeitung einer fachspezifischen Aufgabenstellung unter Einbeziehung und Auswertung einschlägiger Literatur. Bearbeitungszeit und Umfang werden von den Prüfungsausschüssen zu Beginn des Semesters festgelegt.
- (7) Ein Referat umfasst zum einen eine eigenständige schriftliche Ausarbeitung über ein Problem des jeweiligen Fachgebiets unter Einbeziehung und Auswertung einschlägiger Literatur und zum anderen die Darstellung der Arbeit und Vermittlung ihrer Ergebnisse in einem mündlichen Vortrag.
- (8) Das Planspiel soll berufliche Anforderungssituationen unter praxisähnlichen Bedingungen nachstellen. Es hat das Ziel, komplexe und berufsrelevante Situationen mit hohem Entscheidungsdruck zu trainieren.
- (9) Der Antrag auf Zulassung zum abschließenden Teil einer Prüfung ist bis zu dem von den Prüfungsausschüssen festgesetzten Termin an den jeweils zuständigen Prüfungsausschuss zu richten. Die Antragstellung erfolgt elektronisch über das Internet. Der Antrag kann für mehrere Prüfungen gleichzeitig gestellt werden, wenn diese innerhalb desselben Prüfungszeitraums oder die dafür vorgesehenen Prüfungstermine spätestens zu Beginn der Vorlesungszeit des folgenden Semesters stattfinden sollen. Die im Zulassungsantrag genannten Schwerpunktfächer, in denen die Studierenden die Prüfung ablegen wollen, sind mit der Antragstellung verbindlich festgelegt. Eine Anmeldung nach Ablauf der Anmeldefrist kann nur aus wichtigem Grund mit Zustimmung des jeweils zuständigen Prüfungsausschusses erfolgen. Ein Rücktritt (Abs. 10) ist in diesem Fall ausgeschlossen.

Bei Anträgen auf Zulassung zum abschließenden Teil einer Prüfung müssen den Prüfungsausschüssen vorliegen:

1. die Nachweise über die genannten Zulassungsvoraussetzungen,
2. eine Erklärung über bisherige Versuche zur Ablegung entsprechender Prüfungen sowie über bisherige Versuche zur Ablegung einer Abschlussprüfung und gegebenenfalls einer Vor- und Zwischenprüfung im gleichen oder in einem vergleichbaren Studiengang,
3. sofern es sich um eine mündliche Prüfung handelt, eine Erklärung darüber, ob bei der Prüfung einer Zulassung von Zuhörer/inne/n widersprochen wird.

Über die Zulassung zur Prüfung entscheiden die Prüfungsausschüsse. Der jeweils zuständige Prüfungsausschuss gibt die zum abschließenden Teil einer Prüfung zugelassenen Studierenden rechtzeitig, das heißt in der Regel mindestens zwei Wochen vor dem abschließenden Teil der Prüfung gemäß Abs. 1, bekannt.

(10) Ein Antrag auf Zulassung zum abschließenden Teil einer Prüfung kann ohne Anrechnung auf die Zahl der möglichen Prüfungsversuche elektronisch über das Internet bei dem jeweils zuständigen Prüfungsausschuss bis sieben Tage vor dem festgesetzten Termin der Prüfung zurückgenommen werden.

(11) Die Bekanntgabe der Zulassung zu einer Prüfung erfolgt über das elektronische Studierendeninformationssystem (SIS) sowie in den vom Prüfungsservice ausgelegten Listen. Der/die Studierende muss sich durch Einsicht in die die Zulassung bestätigenden Anmelde Listen davon überzeugen, dass die Anmeldung bzw. ggf. seine Abmeldung korrekt vermerkt sind. Nur Studierende, die auf der Liste als zugelassen vermerkt sind, können an der Prüfung teilnehmen.

§ 18 Regelungen zu Prüfungen nach § 15 Abs. 4

(1) Eine förmliche Zulassung zur Erbringung findet nicht statt. Der/die Kandidat/in muss sich zu einem von dem/der Lehrenden zu Semesterbeginn bekannt gegebenen Termin verbindlich durch Unterschrift in einer Teilnehmerliste oder elektronisch über das Internet anmelden. Diese Anmeldung ist Voraussetzung für die Teilnahme. Die Vorschriften über Versäumnisse und Rücktritt (§ 9 Abs. 1 und 2) gelten entsprechend.

(2) Es sind insbesondere folgende Prüfungsformen möglich:

- Teilnahme an mindestens zwei Dritteln der Gesamtdauer einer Lehrveranstaltung, sofern es sich bei der Lehrveranstaltung um eine Exkursion, einen Sprachkurs, ein Praktikum, eine praktische Übung oder eine vergleichbare Lehrveranstaltung handelt.
- schriftliche Klausurarbeit, mit einer Dauer von einer Zeitstunde, es gelten die Regelungen des § 17 Abs. 4.
- mündliche Prüfung, es gelten die Regelungen des § 17 Abs. 5.
- Hausarbeit mit einem Richtwert von 4.000 Wörtern für Einzelarbeiten, bei Gruppenarbeiten das Vielfache nach Anzahl der Studierenden, es gelten die Regelungen des § 17 Abs. 6.
- Referat, inklusive Fallstudien und Projektarbeiten, mit einem Richtwert von 20 – 45 Minuten für den mündlichen Vortrag bei Einzelarbeiten, für die schriftliche Ausarbeitung gilt in Abhängigkeit von der Dauer des mündlichen Vortrags ein Richtwert von 1.000 (bei 45 Minuten mündlichem Vortrag) – 3.000 (bei 20 Minuten mündlichem Vortrag) Wörtern für Einzelarbeiten; es gelten die Regelungen des § 17 Abs. 7.
- Planspiel mit einer mündlichen Prüfung von 20 Minuten, es gelten die Regelungen des § 17 Abs. 8.
- Entwicklung, Umsetzung und Auswertung empirischer Untersuchungen einschließlich einer schriftlichen Ausarbeitung. Umfang und Form der Ausarbeitung werden vom Prüfer festgelegt.

IV. Bachelorarbeit

§ 19 Zweck der Bachelorarbeit, Thema, Prüferinnen und Prüfer

(1) Die Bachelorarbeit ist eine schriftliche Hausarbeit über ein abgegrenztes Problem. Sie soll zeigen, dass der/die Kandidat/in befähigt ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine praxisorientierte Aufgabe aus dem Fachgebiet sowohl in ihren fachlichen Einzelheiten als auch in den fachübergreifenden Zusammenhängen nach wissenschaftlichen und fachpraktischen Methoden selbständig zu bearbeiten. Die Bachelorarbeit kann in Deutsch, Englisch oder einer anderen von den Prüfenden akzeptierten Sprache abgefasst werden.

(2) Die Bachelorarbeit kann von jedem/r Lehrenden, der/die gemäß § 7 Abs. 1 zur Prüfung bestellt werden kann, ausgegeben und betreut werden. Dem/der Kandidat/in ist Gelegenheit zu geben, Vorschläge für Themenbereich und Prüfer/innen der Bachelorarbeit zu machen.

(3) Auf Antrag des/r Kandidat/in kann der jeweils zuständige Prüfungsausschuss auch eine/n Honorarprofessor/in, mit entsprechenden Aufgaben betraute Lehrbeauftragte sowie in der beruflichen Praxis und Ausbildung erfahrene Personen gemäß § 7 Abs. 1 zum/zur Betreuer/in bestellen. In diesem Fall muss der Zweitgutachter ein hauptamtlich lehrende/r Professor/in des Fachbereiches sein. Die Bachelorarbeit darf mit Zustimmung des jeweils zuständigen Prüfungsausschusses in einer Einrichtung außerhalb der Hochschule angefertigt werden, wenn sie dort ausreichend betreut werden kann.

(4) Auf Antrag sorgt der/die Vorsitzende des jeweils zuständigen Prüfungsausschusses dafür, dass der/die Antragsteller/in rechtzeitig ein Thema für die Bachelorarbeit erhält. Die Prüfungsausschüsse achten dabei darauf, dass die Prüfungsverpflichtungen möglichst gleichmäßig auf die Prüfer/innen verteilt werden.

(5) Die Bachelorarbeit kann auch in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag des/der einzelnen Kandidat/en/in aufgrund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen Kriterien, die eine Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und die Anforderungen nach Absatz 1 erfüllt.

§ 20 Zulassung zur Bachelorarbeit

(1) Zur Bachelorarbeit wird zugelassen, wer 145 ECTS – Punkte aus den Prüfungsleistungen des 1. - 5. Semesters erzielt hat.

(2) Der Antrag auf Zulassung ist elektronisch über das Internet oder schriftlich an den/die Vorsitzende/n des jeweils zuständigen Prüfungsausschusses zu richten. Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen, sofern nicht bereits früher vorgelegt:

1. eine Erklärung darüber, welche Prüfenden zur Betreuung der Bachelorarbeit bereit sind,
2. die Angabe des Themengebietes der Bachelorarbeit, das der/die Prüfer/in ausgeben will,
3. eine Erklärung über bisherige Versuche zur Bearbeitung einer Bachelorarbeit.

(3) Der Antrag auf Zulassung kann schriftlich bis zur Bekanntgabe der Entscheidung über den Antrag auf Zulassung ohne Begründung und ohne Anrechnung auf die Zahl der möglichen Prüfungsversuche zurückgenommen werden.

(4) Über die Zulassung entscheiden die Prüfungsausschüsse. Die Zulassung ist zu versagen, wenn die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind oder die Unterlagen unvollständig sind.

§ 21 Ausgabe und Bearbeitung der Bachelorarbeit

(1) Die Ausgabe der Bachelorarbeit erfolgt über die Vorsitzenden der Prüfungsausschüsse oder die stellvertretenden Vorsitzenden der Prüfungsausschüsse. Als Zeitpunkt der Ausgabe gilt der Tag, an dem er/sie das von dem/der Betreuer/in der Bachelorarbeit gestellte Thema sowie die Prüfer/innen dem/der Kandidat/in bekannt gibt; der Zeitpunkt ist aktenkundig zu machen.

(2) Die Bearbeitungszeit (Zeitraum von der Ausgabe bis zur Abgabe der Bachelorarbeit) beträgt drei Monate. Bei einer Bachelorarbeit mit empirischem Charakter kann die Bearbeitungszeit auf Antrag um einen Monat verlängert werden. Ob es sich bei der Bachelorarbeit um ein empirisches Thema handelt, entscheidet der/die Vorsitzende des Prüfungsausschusses nach Anhörung des/der für die Bachelorarbeit bestellten Prüfer/s/in. Das Thema und die Aufgabenstellung müssen so beschaffen sein, dass die Bachelorarbeit innerhalb der vorgesehenen Frist abgeschlossen werden kann. Im Ausnahmefall können die Prüfungsausschüsse auf einen vor Ablauf der Frist gestellten begründeten Antrag die Bearbeitungszeit um bis zu einen Monat verlängern. Der/die Betreuer/in der Arbeit soll zu dem Antrag gehört werden. Bei einer Fristverlängerung im Krankheitsfalle muss dem Antrag ein Attest nach Maßgabe von § 9 Abs. 2 beigefügt werden. Dauert die Erkrankung länger als einen Monat, kann das Thema der Bachelorarbeit zurückgegeben werden.

(3) Der Richtwert für den Umfang der Bachelorarbeit beträgt 15.000 - 17.500 Wörter in der jeweiligen von den Prüfungsausschüssen festgelegten Form.

(4) Das Thema der Bachelorarbeit kann nur einmal und nur innerhalb der ersten drei Wochen der Bearbeitungszeit ohne Angabe von Gründen zurückgegeben werden. Im Fall der Wiederholung ist die Rückgabe nur zulässig, wenn der/die Kandidat/in bei der Anfertigung der ersten Bachelorarbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat.

§ 22 Abgabe und Bewertung der Bachelorarbeit, Wiederholung

(1) Die Bachelorarbeit ist fristgemäß in mindestens drei gedruckten und gebundenen Exemplaren sowie in dreifacher digitaler Form bei dem/der Vorsitzenden des jeweils zuständigen Prüfungsausschusses einzureichen. Die digitale Version (z.B. auf CD-ROM) der Arbeit ist in allgemein lesbaren Dateiformaten (z.B. txt, doc, rtf oder pdf, jeweils ohne Zugriffsschutz) beizufügen. Der Zeitpunkt der Abgabe ist aktenkundig zu machen; bei der Zustellung der Arbeit durch die Post ist der Zeitpunkt der Einlieferung bei der Post maßgebend. Bei der Abgabe der Bachelorarbeit hat der/die Kandidat/in schriftlich zu versichern, dass er/sie die Arbeit selbständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen und bei Zitaten kenntlich gemachten Quellen und Hilfsmittel benutzt hat. Darüber hinaus muss er/sie versichern, dass keine sachliche Übereinstimmung mit der im Rahmen eines vorausgegangenen Studiums angefertigten Abschlussarbeit besteht.

(2) Die Bachelorarbeit ist von zwei Prüfenden zu bewerten. Eine/r von ihnen soll die Arbeit betreut haben. Der/Die zweite Prüfende wird von den Prüfungsausschüssen bestimmt; die Studierenden haben ein Vorschlagsrecht. In den Fällen des § 19 Abs. 3 muss der/die zweite Prüfer/in hauptamtlich lehrende/r Professor/in des Fachbereichs sein. Bei nicht übereinstimmender Bewertung durch die Prüfenden wird die Note der Bachelorarbeit aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen gebildet, wenn die Differenz der beiden Noten weniger als 2,0 beträgt. Beträgt die Differenz der Benotung 2,0 oder mehr, wird von den Prüfungsausschüssen ein/e dritte/r Prüfer/in bestimmt. In diesem Fall ergibt sich die Note aus dem arithmetischen Mittel der beiden besseren Einzelbewertungen. Die Bachelorarbeit kann jedoch nur dann als „ausreichend“ (4,0) oder besser bewertet werden, wenn mindestens zwei der Noten „ausreichend“ (4,0) oder besser sind. Alle Bewertungen sind schriftlich zu begründen.

(3) Die Bachelorarbeit kann einmal wiederholt werden. Eine als „bestanden“ gewertete Bachelorarbeit kann nicht wiederholt werden.

§ 23 Kolloquium

(1) Das Kolloquium ergänzt die Bachelorarbeit, ist selbständig zu bewerten und soll innerhalb von 2 Monaten nach Abgabe der Bachelorarbeit stattfinden. Es dient der Feststellung, ob der Prüfling befähigt ist, die Ergebnisse der Bachelorarbeit, ihre fachlichen und methodischen Grundlagen, fachübergreifende Zusammenhänge und außerfachliche Bezüge mündlich darzustellen und selbständig zu begründen und ihre Bedeutung für die Praxis einzuschätzen.

(2) Am Kolloquium kann teilnehmen, wer sämtliche Prüfungen und die Bachelorarbeit bestanden hat.

(3) Der Antrag auf Zulassung zum Kolloquium ist elektronisch über das Internet oder schriftlich an die/den Vorsitzende/n des zuständigen Prüfungsausschusses zu richten.

(4) Das Kolloquium wird in der Regel von den Prüfer/inne/n der Bachelorarbeit gemeinsam abgenommen und bewertet. Im Fall des § 22 Abs. 2 wird das Kolloquium von den Prüferinnen oder Prüfern abgenommen, aus deren Einzelbewertungen die Note der Bachelorarbeit gebildet worden ist.

(5) Das Kolloquium wird als mündliche Prüfung von 30 bis 45 Minuten Dauer durchgeführt. Die Vorschriften für mündliche Prüfungen (§ 17 Abs. 5) finden entsprechende Anwendung.

(6) Das Kolloquium kann einmal wiederholt werden. Ein als „bestanden“ gewertetes Kolloquium kann nicht wiederholt werden.

§ 24 Zusatzfächer

Studierende können neben den in dieser Prüfungsordnung festgelegten Schwerpunktfächern und Ergänzungsfächern je ein weiteres Schwerpunktfach bzw. Ergänzungsfach belegen und Prüfungen ablegen, die jedoch nicht in die Bachelorprüfung eingehen. Auf Antrag des/der Studierenden werden über diese Prüfungen Bescheinigungen vom Fachbereich ausgestellt. Die Studierenden können die Belegung nach Ende der regulären Anmeldefrist für die entsprechenden Fächer beantragen. Über die Belegung ist im Rahmen der verfügbaren Kapazitäten zu entscheiden.

V. Ergebnis der Bachelorprüfung

§ 25 Ergebnis der Bachelorprüfung

(1) Die Bachelorprüfung ist bestanden, wenn alle Prüfungen und die Bachelorarbeit jeweils mindestens als „ausreichend“ (4,0) bzw. „bestanden“ bewertet wurden.

(2) Die Bachelorprüfung ist nicht bestanden, wenn eine der in Absatz 1 genannten Prüfungs- und Studienleistungen endgültig als „nicht ausreichend“ bzw. „nicht bestanden“ bewertet worden ist. Über die nicht bestandene Bachelorprüfung oder über den Verlust des Prüfungsanspruchs wird ein Bescheid erteilt, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist. Auf Antrag stellt der/die Vorsitzende des jeweilig zuständigen Prüfungsausschusses eine Bescheinigung aus, die die erbrachten Prüfungs- und Studienleistungen und deren Benotung sowie die zur Bachelorprüfung noch fehlenden Prüfungsleistungen enthält. Aus der Bescheinigung muss hervorgehen, dass der/die Kandidat/in die Bachelorprüfung endgültig nicht bestanden oder seinen Prüfungsanspruch verloren hat.

§ 26 Zeugnis, Urkunde und Diploma-Supplement, Gesamtnote

(1) Das über die bestandene Bachelorprüfung auszustellende Zeugnis enthält die Leistungspunkte eines Faches, die Bewertung der Prüfungen und der Bachelorarbeit, das Thema der Bachelorarbeit sowie die Gesamtnote der Bachelorprüfung.

(2) Die Gesamtnote der Bachelorprüfung wird als arithmetisches Mittel der Noten allein der nach § 15 Abs. 3 bewerteten Prüfungen gebildet. Dabei gelten folgende Gewichtungsfaktoren:

- | | |
|---|------|
| • Note der Bachelorarbeit | 15 % |
| • Note des Kolloquiums | 5 % |
| • die Modulnoten der Prüfungen gemäß § 15 Abs. 3 | 80 % |
| davon entfallen auf jedes Schwerpunktfach 16 %, insgesamt | 32 % |
| und auf jede weitere Modulprüfung 3 %, insgesamt | 48 % |

(3) Das Zeugnis über die bestandene Bachelorprüfung wird unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen nach Abschluss der letzten Prüfungsleistung, ausgestellt. Es ist von dem/der Dekan/in oder dem/der Prodekan/in und dem/der Vorsitzenden des zuständigen Prüfungsausschusses zu unterzeichnen und trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist.

(4) Zusammen mit dem Zeugnis und mit seinem Datum wird dem/der Kandidat/in eine Bachelorurkunde ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des akademischen Bachelorgrades beurkundet. Die Urkunde wird von dem/der Dekan/in oder dem/der Prodekanin und von dem/der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet und mit dem Siegel der Hochschule versehen.

(5) Das Diploma-Supplement soll über die Anzahl der mit exzellenten Leistungen abgeschlossenen Prüfungen informieren, die nach § 15 Abs. 3 bewertet wurden. Das Diploma-Supplement wird von dem/der Dekan/in oder dem/der Prodekan/in und von dem/der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet und dem/der Kandidat/in ausgehändigt.

VI. Schlussbestimmungen

§ 27 Einsicht in die Prüfungsakten

(1) Nach Abschluss des Prüfungsverfahrens wird dem/der Kandidat/in auf Antrag Einsicht in die schriftlichen Prüfungsarbeiten, in die darauf bezogenen Gutachten der Prüfenden und in die Prüfungsprotokolle gewährt. Die Einsichtnahme ist binnen eines Monats nach Aushändigung des Prüfungszeugnisses oder des Bescheides über die nicht bestandene Bachelorprüfung bei den Vorsitzenden der Prüfungsausschüsse zu beantragen, der/die auch Ort und Zeit der Einsichtnahme bestimmt. § 32 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gilt entsprechend.

(2) Die Einsichtnahme in die Prüfungsunterlagen, die sich auf eine Prüfung beziehen, wird dem/der Kandidat/in bereits nach Bekanntgabe der jeweiligen Prüfungsleistung gestattet. Abs. 1 gilt entsprechend.

§ 28 Ungültigkeit von Prüfungen, Aberkennung des Bachelorgrades

(1) Hat der/die Kandidat/in bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst im Nachhinein bekannt, so kann der zuständige Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung der/die Kandidat/in getäuscht hat, entsprechend berichtigen. Wird die Täuschung nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so können die Prüfungsausschüsse die Bachelorprüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass der/die Kandidat/in hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat der/die Kandidat/in die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheiden die Prüfungsausschüsse unter Beachtung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Rechtsfolgen.

(3) Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls neu zu erteilen. Eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren nach Ausstellung des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

§ 29 Inkrafttreten und Veröffentlichung, Übergangsregelung

(1) Diese Prüfungsordnung wird in den Amtlichen Bekanntmachungen der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg (Verkündungsblatt) veröffentlicht. Sie gilt ab dem Tag nach ihrer Veröffentlichung für alle Studierenden, die sich ab dem Wintersemester 2016/2017 in den Studiengängen Betriebswirtschaft der Hochschule einschreiben.

(2) Übergangsregelungen für Studierende, die zu diesem Zeitpunkt bereits im Studiengang Business Administration am Campus Rheinbach und im Studiengang Betriebswirtschaft am Campus Sankt Augustin eingeschrieben sind, werden in einer gesonderten Ordnung betreffend die Neuorganisation der BA-Studiengänge des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften getroffen.

(3) Wird diese Prüfungsordnung durch eine nachfolgende ersetzt oder der Studiengang eingestellt, so werden Prüfungen bis zum vierten Semester nach dem Semester, in dem die der Prüfung zugeordnete Lehrveranstaltung letztmalig angeboten wurde, angeboten. Dabei zählt das Semester, in

dem die Veranstaltung letztmalig angeboten wurde, mit Einzelheiten zum Angebot von Prüfungen sind in einer gesonderten Ordnung zu regeln.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fachbereichsrates des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften am 23.06.2016.

Sankt Augustin, 23.06.2016

Der Dekan
des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg
Prof. Dr. Dirk Schreiber

Prüfungsordnung für die Studiengänge Betriebswirtschaft an den Campi Rheinbach und Sankt Augustin an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg (**BPO BSc. 2016**)

Module	Prüfung	SWS	CP	Lehreinheiten	Su.	1	2	3	4	5	6	7
Betriebswirtschaftslehre 1	§ 15 Abs. 3	5	6,0	Grundlagen der BWL	2	2						
				Grundlagen Marketing	3	3						
Betriebswirtschaftslehre 2	§ 15 Abs. 3	5	6,0	Grundlagen Produktion und Logistik	3	3						
				Grundlagen des Rechnungswesen	2	2						
Betriebswirtschaftslehre 3	§ 15 Abs. 3	5	6,0	Grundlagen der Organisation	2	2						
				Grundlagen der Personalwirtschaft	3	3						
Internes Rechnungswesen	§ 15 Abs. 3	4	6,0	Kosten- und Leistungsrechnung	4		4					
Externes Rechnungswesen	§ 15 Abs. 3	4	6,0	Jahresabschluss	4			4				
Finanzwirtschaft	§ 15 Abs. 3	5	6,0	Investition und Finanzierung	5			5				
Steuern	§ 15 Abs. 3	4	6,0	Steuern	4			4				
Markt und Wettbewerb (Mikroökonomie)	§ 15 Abs. 3	4	6,0	Markt und Wettbewerb (Mikroökonomie)	4			4				
Makroökonomie	§ 15 Abs. 3	6	4,0	Makroökonomie	4				4			
Praxis der Wirtschaftspolitik	§ 15 Abs. 4		2,0	Praxis der Wirtschaftspolitik	2				2			
Wirtschaftsinformatik	§ 15 Abs. 3	4	6,0	Grundlagen der Wirtschaftsinformatik	4		4					
Betriebliche Anwendungssysteme	§ 15 Abs. 4	4	3,0	Entwicklung betrieblicher Anwendungssysteme	2			2				
	§ 15 Abs. 4		3,0	Einsatz betrieblicher Anwendungssysteme	2			2				
Wirtschaftsmathematik	§ 15 Abs. 3	5	6,0	Wirtschaftsmathematik	5	5						
Wirtschaftsstatistik	§ 15 Abs. 3	4	6,0	Wirtschaftsstatistik	4		4					
Recht 1	§ 15 Abs. 3	4	6,0	Zivilrecht	4		4					
Recht 2	§ 15 Abs. 3	5	3,0	Handels- und Gesellschaftsrecht	3				3			
			3,0	Arbeitsrecht	2				2			
WiWi Grundlagenseminar	§ 15 Abs. 4	2	3,0	Rhetorik und Präsentation	2	2						
	§ 15 Abs. 4	2	3,0	Anfertigung schriftlicher Arbeiten	2	2						
Unternehmensführung	§ 15 Abs. 3	7	2,0	Unternehmensplanung	2					2		
	§ 15 Abs. 3		1,0	Wirtschaftsethik	1					1		
	§ 15 Abs. 4		3,0	Unternehmensplanspiel	4					4		

Prüfungsordnung für die Studiengänge Betriebswirtschaft an den Campi Rheinbach
und Sankt Augustin an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg (**BPO BSc. 2016**)

Module	Prüfung	SWS	CP	Lehreinheiten	Su.	1	2	3	4	5	6	7
WPF Methode 1	§ 15 Abs. 4	4	6,0	WPF Methode 1	4					4		
WPF Methode 2	§ 15 Abs. 4	4	6,0	WPF Methode 2	4							4
Praxisprojekt /Ergänzungsfächer	§ 15 Abs. 4	6	6,0	Praxisprojekt /Ergänzungsfächer	6							6
Schwerpunktfach 1	§ 15 Abs. 3	13	18,0	Schwerpunktfach 1	13	-	-	-	13			-
Schwerpunktfach 2	§ 15 Abs. 3	13	18,0	Schwerpunktfach 2	13					13		
Wirtschaftsfremdsprache	§ 15 Abs. 3	4	6,0	Wirtschaftsfremdsprache	4		4					
Praxissemester	§ 15 Abs. 4	4	30,0	Praxissemester	4						4	
Abschlussarbeit	§ 15 Abs. 3	4	12,0	Abschlussarbeit	4							4
Kolloquium und Begleitseminar	§ 15 Abs. 3	3	4,0	Kolloquium								
	§ 15 Abs. 4		2,0	Begleitseminar	3							3
		134	210	Stunden gesamt	134	24	20	21	24	24	4	17